

dtv

Otto Fürst von Bismarck (1815–1898), der »Eiserne Kanzler« und Begründer des Deutschen Reiches von 1871, gilt heute noch bei vielen als Deutschlands bedeutendster Staatsmann. Johannes Willms entwirft ein anderes Bild: Er zeigt Bismarck als ausgeprägten Opportunisten, als finthenreichen Machtpolitiker und Hasardeur, der ein System widersprüchlicher Allianzen und Bündnisse entwarf und die Einheit des Deutschen Reiches zwar vordergründig schuf, aber dessen innere Gegensätze bestehen ließ. Für Willms ist Bismarck einer der Mitverantwortlichen für die katastrophale Entwicklung zum Ersten Weltkrieg und zur NS-Diktatur. Seine kritische Biografie ist eine anregende Auseinandersetzung mit dem Bismarck-Mythos, fundiert, zugespitzt und sehr aufschlussreich.

*Johannes Willms*, geboren 1948, ist promovierter Historiker. Er war viele Jahre als Journalist im In- und Ausland tätig und ist Autor einer Reihe von Büchern zu Themen und Personen der deutschen und französischen Geschichte. Zuletzt erschien: »Tugend und Terror. Geschichte der Französischen Revolution«.

Johannes Willms

**BISMARCK**  
Dämon der Deutschen

Anmerkungen zu  
einer Legende

Deutscher Taschenbuch Verlag

Dieses Buch erschien erstmals 1997 im Kindler Verlag.  
Die vorliegende Ausgabe ist um ein Vorwort ergänzt.

**Ausführliche Informationen über  
unsere Autoren und Bücher  
finden Sie auf unserer Website  
[www.dtv.de](http://www.dtv.de)**



Neuausgabe 2015

© Deutscher Taschenbuch Verlag GmbH & Co. KG,  
München 2015

Das Werk ist urheberrechtlich geschützt.

Sämtliche, auch auszugsweise Verwertungen bleiben vorbehalten.

Umschlagkonzept: Balk & Brumshagen

Umschlagbild: Artothek

Gesamtherstellung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

Printed in Germany · ISBN 978-3-423-34838-6

*»Aber die dämonische charakterzerstörende  
und vergiftende Gewalt, die jene  
>Spottgeburt von Dreck und Feuer<  
auf unsere nicht sehr widerstandsfähige Nation  
ausgeübt hat, ist gefallen, und das ist viel.«*

Theodor Mommsen in einem Brief  
an Wolfgang Helbig, Berlin, 12. Mai 1890, in:  
Lothar Wicken, *Theodor Mommsen. Eine Biographie*,  
Frankfurt am Main 1980, Bd. IV, S. 92.

## INHALT

Vorwort .....	7
Vor dem Sturm .....	11
Revolution und Reaktion .....	29
Preußens deutsche Posse .....	52
Diplomatischer Feinschliff .....	87
»Kaltgestellt« .....	109
Am Ziel .....	146
Der Weg nach Königgrätz .....	171
»Setzen wir Deutschland in den Sattel ...« .....	196
Was tun? .....	245
Irrungen und Wirrungen .....	272
Ende ohne Schrecken .....	305
Kassandra im Sachsenwald .....	324
Nachwort .....	333

## VORWORT

In den Erinnerungen Christoph von Tiedemanns über die sechs Jahre seiner Tätigkeit als Chef der Reichskanzlei von 1875 bis 1881, die 1909 erschienen, wird von einem Abendessen berichtet, zu dem er gemeinsam mit dem Historiker Heinrich von Sybel am 25. Januar 1875 bei Bismarck eingeladen worden war: »Gegen halb acht bittet der Fürst Sybel und mich ihm in sein Arbeitszimmer zu folgen. Hier stellt er uns zunächst vorsorglich sein nebenan gelegenes Schlafzimmer zur Verfügung. Wir treten dort ein und finden unter einem Riesenbett die Gegenstände, die wir suchen, in zwei Exemplaren von geradezu phänomenalen Dimensionen. Als wir uns an die Wand stellen, sagt Sybel so recht aus tiefstem Herzen: *Es ist doch alles groß an dem Mann, selbst die S...!*«

Die Anekdote ist in verschiedener Hinsicht sehr aufschlussreich. Bismarck war nur einer von einer ganzen Reihe europäischer Staatsmänner seiner Zeit, die sich der ausschließlich von nationalen Interessen gestimmten Klaviatur politischen Handelns, auch *Realpolitik* genannt, virtuos zu bedienen verstanden. Aber weder der britische Premier Benjamin Disraeli noch der russische Kanzler Alexander Gortschakow, die nicht weniger versiert und verschlagen, wenn auch als Politiker nicht so erfolgreich wie Bismarck waren, wurden von den Nationen, deren Geschick sie bestimmten, nur entfernt so vergöttert, wie dies Bismarck vonseiten der Deutschen widerfuhr. Seine Landsleute stilisierten den Nationalheros nach 1871 zum Idol einer geradezu nordischen Gottheit vermeintlich urdeutscher Prägung, deren dämonische Kraft Gegner

wie Verbündete gleichermaßen in Bann schlug. Dieses Image des »eisernen Kanzlers« fassonierten damals wie später vorzugsweise Historiker wie Heinrich von Treitschke oder Heinrich von Sybel, die in Bismarck den titanischen Vollender einer teleologisch verstandenen Geschichte sahen und die deshalb auch ohne jede Ironie in ungeschlachten Nachtgeschirren den fraglosen Ausweis seiner Größe erkannten.

Dieser mündelsichere Bismarck-Mythos einer zutiefst unpolitischen Heldenverehrung, deren Vehikel eine kaum überschaubare populäre Bismarckliteratur war, leistete einen eminenten Beitrag dazu, dem Nationalsozialismus und Hitler den Weg zu bereiten. Ohne im Mindesten errahnen zu können, wie sich die Dinge in Deutschland nach der damals schon absehbaren Niederlage im Weltkrieg gestalten würden, notierte Max Weber bereits im Sommer 1918 die Diagnose: »Die heutige Lage unseres parlamentarischen Lebens ist eine Hinterlassenschaft der langjährigen *Herrschaft des Fürsten BISMARCK* in Deutschland und jener inneren Stellung, welche die Nation seit dem letzten Jahrzehnt seiner Reichskanzlerschaft zu ihm einnahm. Diese Stellungnahme findet kein Beispiel in der Haltung irgendeines anderen großen Volkes zu einem Staatsmann von dieser Größe. Nirgends sonst in der Welt hat selbst die schrankenloseste Bewunderung der Persönlichkeit eines Politikers eine stolze Nation veranlasst, ihre eigenen sachlichen Überzeugungen ihm so restlos zu opfern.«

Der auf Grundlage des allgemeinen Männerwahlrechts zustande kommende Reichstag, den Bismarck als »parlamentarische Hochdruckmaschine« apostrophierte, diente ihm allein zu dem Zweck, eine zutiefst antiparlamentarische Pointe auf Dauer zu stellen: Allein dank des überlegenen Managements dieses Organs, von dem das politische Wollen der Nation vermeintlich repräsentiert wurde, dem gegenüber er



als Reichskanzler aber nicht verantwortlich war, konnte Bismarck die Unabhängigkeit der eigenen Machtstellung gegenüber der Krone, von deren Wohlwollen er allein abhängig war, behaupten. Den Preis, der dafür fällig wurde, die politische Nichtigkeit des Parlaments und der von ihm als »unzünftig« geschmähten Parteipolitiker, hat Bismarck nicht nur als unvermeidliche Folge akzeptiert, sondern durchaus gewollt und absichtsvoll einkalkuliert. Darin erkannte Max Weber sehr zu Recht das politische Erbe Bismarcks, dem er attestierte: »Er hinterließ eine Nation *ohne alle und jede politische Erziehung* [...]. Und vor allem eine Nation *ohne allen und jeden politischen Willen*, gewohnt, dass der große Staatsmann an ihrer Spitze für sie die Politik schon besorgen werde.« Dieses Erbe lieferte der Agitation, mit der die Nationalsozialisten gegen die Republik von Weimar vorgingen, zwei Stichworte, die an Haltungen appellierten, die längst von vielen geteilt wurden: Antiparlamentarismus und der Glaube an eine charismatische Führergestalt, die allein berufen ist, eine Antwort auf die das Land bedrängenden Fragen zu geben.

Ein anderes, nicht minder folgenreiches Erbe Bismarcks war die von ihm nach 1871 verfolgte Außenpolitik, deren vermeintliche kluge Mäßigung und Voraussicht noch heute weithin bewundert und gerühmt wird. Mit »Blut und Eisen« hatte Bismarck zwischen 1864 und 1871 in drei Kabinettskriegen die deutsche Einheit vollendet. Das war der eine, fraglos erfolgreiche Ertrag seiner Politik als preußischer Ministerpräsident. Ein anderes, sehr schwerwiegendes Ergebnis dieses Erfolgs aber war, wie der britische Premierminister Benjamin Disraeli dies bereits in einer berühmten Unterhausrede am 9. Februar 1871 konstatierte, dass damit das europäische Mächtegleichgewicht, das seit 1815 dem Kontinent eine Periode des Friedens verschafft hatte, zerstört wurde. Das hat Bismarck nie angefochten, wie allein schon die Annexion von Elsass-Lothringen zeigt, die dem Deutschen Reich

die unversöhnliche Feindschaft Frankreichs verschaffte. Daraus erwuchs für Bismarck jener Alldruck von Koalitionen, den er als Reichskanzler mit einer Bündnispolitik zu bannen suchte, die im Wesentlichen mit zwei Mächten, mit Österreich und Russland, hantierte, deren wachsende Interessengegensätze ihn zu immer neuen und fragwürdigeren Aushilfen in Form einander widersprechender und deshalb geheimer Verträge und Abreden nötigten. Schließlich suchte er Zuflucht in einer *Maxime*, die er am 6. Februar 1888 in seiner letzten großen Rede vor seiner Entlassung aus dem Amt im März 1890 gebrauchte und die seither von seinen Bewunderern als Mantra *ad nauseam* wiederholt wurde: »Wir Deutsche fürchten Gott, aber sonst nichts in der Welt.« Solche Gottesfurcht war jedoch, wie Deutschland und die Welt seither zweimal leidvoll erfahren mussten, keine politische Weisheit, die das von ihm zur realpolitischen Durchsetzung der preußischen Dominanz mutwillig zerstörte europäische Mächtegleichgewicht hätte ersetzen können.

## VOR DEM STURM

Am Beginn von Bismarcks politischem Wirken stehen zwei prägende Erfahrungen: die Krise des bürokratischen Absolutismus und die Revolution. Zunächst einmal eröffneten ihm beide, Krise wie Revolution, die willkommene Chance, einer Situation zu entrinnen, in der er keine Perspektive mehr zu haben schien und die ihn nach eigenem Bekunden mehr und mehr bedrückte.

Nach dem Studium der Jurisprudenz trat der am 1. April 1815 in Schönhausen in der Altmark geborene Otto von Bismarck im Juli 1836 als Referendar in die Verwaltung der preußischen Rheinprovinz ein, die ihren Sitz in Aachen hatte. Sein ursprünglicher Wunsch war es, in den diplomatischen Dienst Preußens aufgenommen zu werden, aber ein entsprechendes Ansinnen wurde abschlägig beschieden. Das war die erste herbe Niederlage, die der sehr selbstbewusste und von seinen Fähigkeiten überzeugte Bismarck hinnehmen musste. Andererseits bedeutete Aachen, das damals ein bei der europäischen Gesellschaft sehr beliebter Badeort war, für Bismarcks verletztes Selbstwertgefühl eine gewisse Kompensation. Kopfüber stürzte er sich in die ihm hier gebotenen Vergnügungen und führte ein ausschweifendes Leben, dessen Aufwendungen er durch Schuldenmachen bestritt. Alle Versuche, dieser sich anbahnenden Misere durch Glück am Spieltisch zu entrinnen, schlugen indes fehl, und Bismarck sah sich gezwungen, dem Vater dieses »factum von so betrübender Natur« mitzuteilen. Aus dieser ersten großen Lebenskrise Bismarcks, die ihn sogar an Selbstmord denken ließ – »setzte mich zu diesem Behuf in den Besitz eines Stran-

ges gelber Seide, den ich mir *pour la rareté du fait* aufheben werde« –, rettete ihn im Herbst 1836 ein Sturz vom Pferd, der ihn zu Bettruhe und Einkehr zwang. Allein, die während der Genesung gefassten guten Vorsätze waren nicht von Dauer, und sobald sich die »gute Gesellschaft« im Frühjahr 1837 wieder in Aachen einfand, begann auch Bismarck sein altes Leben erneut, dessen kostspieliger Snobismus ihn bald in noch größere Schulden stürzte. Seine Versuche, sich mittels einer glänzenden Heirat mit einer vermeintlich vermögenden, schönen und geistreichen Engländerin finanziell zu sanieren, scheiterten indes kläglich. So war denn die »ganz enorme Summe von Schulden«, wie er dies erst seiner Braut Johanna von Puttkamer zu Beginn des Jahres 1847 eingestand, »ein Hauptgrund« dafür, dass er seinen Dienst im September 1838 in Aachen quittierte. Ein anderer dürfte gewesen sein, dass er sich die Nachsicht seiner Aachener Vorgesetzten endgültig dadurch verscherzt hatte, dass er ohne deren vorherige Genehmigung einen mehrwöchigen Urlaub nahm.

Normalerweise hätte dies das frühe und jähe Ende von Bismarcks Beamtenlaufbahn in Preußen bedeutet. Seine Familie verfügte jedoch über gute Kontakte zum Hof, und in Berlin fand man sich schließlich dazu bereit, über diese »Desertion« eines Sprösslings aus gutem Hause den Mantel des Vergessens zu breiten. Für drei Monate fand Bismarck eine Anstellung bei der Zentralverwaltung in Potsdam, ehe er im Frühjahr 1838 zur Ableistung seines Militärdienstes in ein Jägerbataillon der Garde eintrat. Unterdessen aber drückte ihn der Berg der in Aachen aufgehäuften Schulden immer heftiger, wurden die Forderungen der Gläubiger drängender und peinlicher, sodass Bismarck zu der Einsicht gezwungen wurde, lediglich eine umfassende Sanierung der in Pommern und an der Elbe gelegenen Familiengüter könne ihm Aussicht bieten, seine Schulden zu tilgen. Sein Entschluss, nach Ende der einjährigen Militärdienstzeit nicht in den schlecht bezahlten Staatsdienst zurückzukehren, sondern sich der Er-

tragssteigerung der väterlichen Güter zu widmen, entsprang vor allem dieser Zwangslage. Ein solches Eingeständnis wäre aber mit dem ihm eigentümlichen Stolz unvereinbar gewesen, weshalb er in einem Brief an seine Cousine Caroline von Malortie vom August 1838, den er auch seinem Bruder Bernhard, seinem Vater und noch neun Jahre später seiner Braut Johanna zeigte, seine Entscheidung ganz anders motivierte und dabei seine wahren Beweggründe geschickt verschleierte.

Dieser Brief gibt wie kein anderer Aufschluss über Bismarcks charakterliche Prägung, seinen unbändigen Ehrgeiz wie über die Ziele seines Strebens. In der Kernpassage dieses Schreibens behauptet Bismarck: »Daß mir von Hause aus die Natur der Geschäfte und der dienstlichen Stellung unserer Staatsdiener nicht zusagt, daß ich es nicht unbedingt für ein Glück halte, Beamter und selbst Minister zu sein, daß es mir ebenso respektabel und unter Umständen nützlicher zu sein scheint, Korn zu bauen als administrative Verfügungen zu schreiben, daß mein Ehrgeiz mehr danach strebt, nicht zu gehorchen, als zu befehlen: das sind facta, für die ich außer meinem Geschmack keine Ursache anzuführen weiß, indessen, dem ist so.« Und dann, mit einer geschickten Volte vom eigenen Befinden auf die allgemeine Situation im Staatsdienst überleitend, heißt es weiter: »Die Wirksamkeit des einzelnen Beamten bei uns ist wenig selbständig, auch die des höchsten, und bei den anderen beschränkt sie sich schon wesentlich darauf, die administrative Maschine in dem einmal vorgezeichneten Geleise fortzuschieben. Der preußische Beamte gleicht dem Einzelnen im Orchester; mag er die erste Violine oder den Triangel spielen: ohne Übersicht und Einfluss auf das Ganze, muß er sein Bruchstück abspielen, wie es ihm gesetzt ist, er mag es für gut oder für schlecht halten. Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine.«

Dieser letzte, so überaus stolze Satz formuliert Bismarcks Lebensmotto, sein Credo unbedingter Unabhängigkeit und

Entscheidungsfreiheit. Gleichzeitig waren seine Schulden ihm aber auch eine Lehre, die er sein ganzes weiteres Leben beherzigte, achtete er doch seither stets darauf, sich die materielle Unabhängigkeit des Privatlebens zu erhalten und nach Kräften auszubauen. Diese war die Bedingung für das hohe Maß an persönlicher Freiheit, das für seinen ebenso herrischen wie ehrgeizigen Charakter unverzichtbar blieb.

Als Junker machte Bismarck seine Sache gar nicht schlecht, und binnen weniger Jahre gelang es ihm, die Erträge seiner Güter zu steigern und so seine Schulden zurückzuzahlen. Doch je länger das Landleben währte, desto unbefriedigender schien es Bismarck, desto lastender wurde ihm die schiere Borniertheit seiner Existenz, vor der er sich in ausgedehnte Lektüren zu flüchten suchte. In einem Brief an seinen Freund Louis von Klitzing vom 10. September 1843, der ganz vom Überdruß an seiner junkerlichen Existenz durchtränkt ist, schreibt er resümierend: »Wenn sich gewisse Arrangements, die ich in Bezug auf meine Besetzung vorhabe, auf Wunsch durchführen lassen, so denke ich einige Jahre Asiat zu spielen, um etwas Veränderung in die Dekoration meiner Komödie zu bringen, meine Zigarren am Ganges statt an der Rega zu rauchen.« Und den Vater ließ er in einem von Kniephof vom 1. Oktober 1843 datierten Brief wissen: »Ich langweile mich zum Hängen, wenn ich hier allein bin.«

Diese und andere briefliche Mitteilungen lassen eine tiefe Lebenskrise erahnen, die Bismarck in den 1840er-Jahren befiel und der zu entrinnen er sogar mit dem Gedanken spielte, wieder in den Staatsdienst einzutreten, ein Experiment, das er aber nach wenigen Wochen wieder abbrach. An seinen Studienfreund Gustav Scharlach schrieb er darüber am 9. Januar 1845 von Kniephof aus: »Aber teils war mir die krähwinkelige Anmaßung oder lächerliche Herablassung der Vorgesetzten nach langer Entwöhnung noch fataler als sonst, teils nötigten mich häusliche Vorfälle ... die Verwaltung meiner Güter wieder selbst zu übernehmen. Seitdem sitze ich

hier, unverheiratet, sehr einsam, 29 Jahre alt, körperlich wieder gesund, aber geistig ziemlich unempfänglich, treibe meine Geschäfte mit Pünktlichkeit, aber ohne besondere Teilnahme, suche meinen Untergebenen das Leben in ihrer Art behaglich zu machen und sehe ohne Ärger an, wie sie mich dafür betrügen. Des Vormittags bin ich verdrieslich, nach Tische allen milden Gefühlen zugänglich. Mein Umgang besteht in Hunden, Pferden und Landjunkern, und bei Letzteren erfreue ich mich einigen Ansehens, weil ich Geschriebenes mit Leichtigkeit lesen kann, mich zu jeder Zeit wie ein Mensch kleide, und dabei ein Stück Wild mit der Accuratesse eines Metzgers zerwirke, ruhig und dreist reite, ganz schwere Zigarren rauche und meine Gäste mit freundlicher Kaltblütigkeit unter den Tisch trinke. Denn leider Gottes kann ich nicht mehr betrunken werden, obschon ich mich dieses Zustandes als eines sehr glücklichen erinnere. So vegetiere ich fast wie ein Uhrwerk, ohne besondere Wünsche oder Befürchtungen zu haben.«

Bismarcks persönliche Situation war, wie dieses Schreiben enthüllt, ziemlich hoffnungslos. Das Junkerdasein, in das er hineingeboren war, unterforderte, wie er lebhaft empfand, seine Möglichkeiten und Anlagen bei Weitem. Der Staatsdienst, in dem er sich wieder versucht hatte, war auch keine Alternative. Und gegen den aktiven Militärdienst hatte er in den wenigen Monaten, in denen er die Uniform eines Jägerleutnants trug, eine lebhaft abneigende entwickelt. Unter diesen Umständen schien ihm kein anderes Schicksal als das der meisten seiner Standesgenossen beschieden zu sein: auf den eigenen Gütern zu verbauern und zu versauern. Was ihn davor bewahrte, war ebenjene Krise und die sich aus ihr entwickelnde Revolution, auf die Preußen zusteuerte. Darin erkannte Bismarck seine Chance.

Im Unterschied zu den anderen deutschen Staaten waren Preußen und Österreich verfassungslos. In Preußen wurde das am 22. Mai 1815 gegebene und später mehrfach erneuerte

Verfassungsversprechen des Königs nie eingelöst. Statt dessen erhielten die acht preußischen Provinzen 1823 je eigene Landtage, die unverbunden nebeneinander existierten und in denen Repräsentanten des ritterschaftlichen Grundbesitzes, der Junker, jeweils die Hälfte aller Sitze einnahmen. Die politische Funktion dieser Landtage erschöpfte sich darin, den ständischen, vor allem den junkerlichen Geltungsansprüchen ein Ventil zu verschaffen, damit diese nicht die stille Tätigkeit der Verwaltung störten. Unter diesen Umständen fungierte die Bürokratie, die nach 1815 zügig ausgebaut wurde, gleichsam als Ersatz für die bis 1848 nie einberufene preußische »Nationalrepräsentation«.

Diese Entwicklung wurde durch das erfolgreiche Vordringen reaktionärer Adelsinteressen gefördert, das sich in einer Erneuerung des alten Bündnisses von Krone und Junkern materialisierte. Zu diesem Bündnis gab es unmittelbar nach 1815 keine brauchbare Alternative, denn entgegen ihren ursprünglichen Absichten schien es den preußischen Reformern bald nicht mehr ratsam, aus den von ihnen bislang geschaffenen Reformgesetzen die fälligen verfassungspolitischen Konsequenzen zu ziehen. Ausschlaggebend für diese Zurückhaltung war, dass die liberale Wirtschaftsgesetzgebung die ständische Interessenschichtung keineswegs beseitigt, sondern im Gegenteil noch verstärkt hatte. Damit stellte sich den Reformern ein doppeltes, unter den gegebenen Umständen unlösbares Problem: Einerseits mussten sie die liberalen Wirtschaftsgesetze, vor allem die schrankenlose Gewerbefreiheit, gegen den erbitterten Widerstand der Stände und deshalb notwendig unter Verzicht auf politische Liberalität durchsetzen; andererseits bedeutete die Liberalität der besitzenden und gebildeten Schichten, die sich in deren entschiedenem Eintreten für Grundrechte, wie Pressefreiheit oder Steuerbewilligungsrecht, politisch artikulierten, nicht auch deren gleichzeitigen und freiwilligen Verzicht auf ihre jeweiligen ständischen Herrschaftsrechte und Privilegien, da



auf diesen nach wie vor ihre gesellschaftliche Position basierte. Folglich blieben die Reformen in Preußen überall dort stecken, wo sie eine soziale Bewegung freisetzen, die den Interessen der ständisch fixierten Gesellschaft zuwiderlief. Damit jedoch wurde eine ständische Opposition reaktiviert, die durch die Reform hätte überwunden werden sollen.

Eine weitere Konsequenz dieser Entwicklung war, dass zwischen Bürokratie und liberaler Öffentlichkeit eine deutliche Entfremdung einsetzte. Diese wurde von einer Verwaltung beschleunigt, die in den folgenden Jahren alle Maßnahmen auszuführen hatte, die von Staats wegen gegen den sich regenden patriotisch-liberalen Zeitgeist ergriffen wurden. Darüber geriet die Bürokratie nicht nur in den Verruf, Büttel des Absolutismus zu sein, sondern sie begünstigte in Preußen auch die Entwicklung eines politischen Dualismus, der sich später im Deutschen Reich von 1871 mit noch verhängnisvolleren Folgen wiederholen sollte. Der grundsätzliche Widerspruch, der die Verwaltung Preußens im Vormärz charakterisierte und den Karl Marx 1843 treffend mit den Worten kennzeichnete, dass es ihre Aufgabe sei, »den Staat gegen die bürgerliche Gesellschaft zu verwalten«, schädigte deren Ansehen in den Augen der liberalen Öffentlichkeit auf Dauer nachdrücklich: Staat und bürgerliche Gesellschaft entfernten sich immer mehr voneinander. Der Staat tat überdies alles, diesen Graben zu verbreitern, anstatt ihn zuzuschütten.

Die trotz des Scheiterns der politischen Reformen fortlaufende und zäh verteidigte wirtschaftliche Entwicklung, die wie die soziale Bewegung durch die Gesetzgebung in der preußischen Reformzeit angestoßen worden war, ließ sich aber nicht mehr ungeschehen machen. Der Versuch, die politischen Konsequenzen zu vermeiden, die spätestens ab 1840 aus diesen beiden Bewegungen zu ziehen waren, ist der wichtigste Grund für die Revolution von 1848. Die Bürokratie wurde in diesem Prozess verbraucht, den sie selbst in Gang

gesetzt hatte. Die Tatsache, dass zwischen 1840 und 1848 fast so viele Minister verschlissen wurden wie in der Zeit von 1815 bis 1840, belegt dies drastisch.

Mit Friedrich Wilhelm IV. kam im Sommer 1840 ein Mann auf den preußischen Thron, der das Zeug zum Künstler oder Gelehrten gehabt hätte. Er war sehr kultiviert, belesen, freundlich und lebte in einer Traumwelt, für deren realistische Möblierung ihm kein Aufwand zu groß war, wie beispielsweise die »Römischen Bäder« im Park von Sanssouci zeigen. Er war ein Romantiker, der felsenfest vom Gottesgnadentum der Könige überzeugt war. Allen Ernstes glaubte er auch, dass Könige Anteil hätten an der göttlichen Allmacht und dass sie deshalb ihren Untertanen und Ratgebern an Intellekt und Kenntnis der Dinge weit überlegen seien.

Die Feststellung ist gewiss nicht übertrieben, dass dieser Herrscher seiner Zeit mit tiefem Unverständnis begegnete. Gegen eine Wirklichkeit, die ihn befremdete, suchte er seine eigene, vom Mittelalter geprägte Vorstellungswelt durchzusetzen. Dies zeigte sich bereits bei seiner Thronbesteigung in Königsberg und Berlin, zu deren Anlass Huldigungsfeste abgehalten wurden, als sei das »Volk« nach wie vor ständisch gegliedert.

Das Spektakel dieser Feierlichkeiten, das bei Friedrich Wilhelm IV. einen unauslöschlichen Eindruck hinterließ, hatte erheblichen Anteil daran, dass die aus akuten finanzpolitischen Erwägungen sich immer dringlicher stellende Verfassungsfrage von ihm zunächst kategorisch verneint wurde. Eine Verfassung galt ihm, wie er noch in seiner Thronrede zur Eröffnung des Vereinigten Landtags im April 1847 ausführte, lediglich als »papierener Wisch«.

Die Einberufung dieses Vereinigten Landtags, dessen Repräsentanten von den Landtagen der acht preußischen Provinzen delegiert wurden, stellte eine Verlegenheitslösung dar. Aber sie entsprach zugleich ganz dem romantischen Politik-

und Staatsverständnis Friedrich Wilhelms IV. Ihm schwebte eine Generalversammlung der drei Stände seines Königreichs vor. Dieser wollte er in erhabener, gleichwohl paternalistischer Manier präsidieren. Dabei erwartete er, dass die Versammlung sich seinen Wünschen loyal fügen und anschließend wieder auseinandergehen werde.

Dies alles zeigt, wie wenig der König, der von einem Kordon unverantwortlicher Berater und Schranzen gegen die Außenwelt abgeschirmt wurde, eine Situation begriff, die die Einberufung einer solchen Repräsentativversammlung selbst im verfassungslosen Preußen unumgänglich machte. Der preußische Staat benötigte dringend Geld, das aus dem Steueraufkommen nicht zu erübrigen war, um eine Bahnlinie von Berlin nach Königsberg zu bauen. Bislang waren die Eisenbahnen in Preußen mit privatem Anlagekapital finanziert worden, das auf den Finanzmärkten durch den Verkauf von Aktien stets reibungslos beschafft werden konnte. Der preußische Staat kaufte jeweils einen Aktienstock, um sich so eine Option auf den Erwerb des gesamten Pakets zu sichern. Diese Finanzierungsmethode war so lange sehr erfolgreich – in Preußen grassierte zeitweilig ein regelrechtes »Eisenbahnfieber« –, wie Bahnverbindungen geplant und gebaut wurden, die industrielle und kommerzielle Zentren miteinander verbanden und schöne Profite abwarfen. Solche Aussichten bot die Bahnverbindung Berlin – Königsberg jedoch nicht, da hierfür nicht wirtschaftliche, sondern rein strategische Gründe ausschlaggebend waren. Mit anderen Worten: Der Staat musste selbst unternehmerisch tätig werden. Dafür fehlte es aber am notwendigen Kapital, weshalb er sich entweder verschulden oder neue Steuern erheben musste. Beide Möglichkeiten waren aber durch das Edikt vom 17. Januar 1820 mit der Auflage verbunden, Staatsschulden »der Disposition der Reichsstände zu unterstellen«.

Dieses nie aufgehobene Edikt stellte eines der insgesamt fünf Verfassungsversprechen dar, die Friedrich Wilhelm III.

gegeben hatte. Jetzt erzwang die Kapitalnot vor dem Hintergrund der in Gang kommenden industriellen Revolution die Einlösung des Versprechens. So mussten es jedenfalls die Liberalen sehen, denen der Vertretungsschlüssel der Provinziallandtage von Anfang an nicht gefallen hatte, entsprach dieser doch ganz der hinterwäldlerischen sozialen Situation in den östlichen Provinzen Preußens. Außerdem waren sie es leid, von der Bürokratie geschurigelt zu werden. Diese Männer, die mehrheitlich aus den Kreisen der rheinischen Industrie stammten, waren deshalb entschlossen, auf dem Vereinigten Landtag nicht nur die Eisenbahnvorlage zu diskutieren, sondern auch die Chance zu nutzen, ihre Forderungen nach einer geschriebenen Verfassung, einer gewählten und regelmäßig tagenden Repräsentativversammlung, die ihnen eine gewisse Teilhabe an einer gegenüber dieser Versammlung verantwortlichen Regierung in Aussicht stellte, durchzusetzen.

Die Ideen jedoch, die Friedrich Wilhelm IV. leiteten, waren diesen Erwartungen diametral entgegengesetzt. Nachdem er sich zu dem Gedanken, einen Vereinigten Landtag einberufen zu müssen, mühsam und nach ausgiebigen Konsultationen mit den beiden verbündeten autokratischen Ostmächten Russland und Österreich durchgerungen hatte, erteilte Friedrich Wilhelm IV. allen Aspirationen, die auf die Verabschiedung einer Verfassung zielten oder sich wenigstens eine unabhängige Repräsentativversammlung erhofften, eine unmissverständliche Absage. Um den drohenden Unmut zu dämpfen, fand er sich aber zu einem bemerkenswerten und für die reaktionären Interessen der Krone fatalen Zugeständnis bereit: Er erlaubte die Pressefreiheit, d. h., er gab die Zensur, diese dem Absolutismus unverzichtbare Waffe, aus der Hand. Die Folge war, dass jedes kritische Wort, das auf dem Vereinigten Landtag fiel, in ganz Preußen und darüber hinaus verbreitet wurde. Das verursachte einen beträchtlichen Mobilisierungseffekt, zumal nach diesem Zugeständnis eine